

tet zum Beispiel die letzte Nationalratstagung vom 18. November dieses Jahres einen solchen Anlaß. Wir denken da besonders an den Teil der Ausführungen des Genossen Albert Norden, wo er zu den Angriffen des westdeutschen Monopolkapitals auf die westdeutschen Arbeiter und ihre Gewerkschaften einging. Ein Teilnehmer hatte die Frage aufgeworfen, ob es richtig sei, daß die Arbeiter Westdeutschlands auch mit anderen Schichten Zusammenarbeiten sollten. Genosse Norden verwies auf die Lehren aus der Geschichte, die besagen, daß der Faschismus errichtet wer-

den konnte, weil einmal die Einheit der Arbeiterklasse und zum zweiten das Bündnis der Arbeiter mit den Bauern, dem städtischen Bürgertum und den Mittelschichten fehlte. Er nannte es das Gebot der Stunde, daß alle diese Schichten gemeinsam handeln und daß die Arbeiterklasse Westdeutschlands sich bemühen müsse, dieses Bündnis mit allen Mitteln herzustellen. In diesem Kampf können die westdeutschen Werktätigen wichtige Lehren aus den Erfahrungen ziehen, die wir in den letzten 20 Jahren mit unserer Bündnispolitik gemacht haben.

Parteien und Organisationen erfolgreich Zusammenarbeiten.

Wir müssen aber auch zugleich sagen, daß es noch nicht überall gelungen ist, für alle Ausschüsse einen Vorsitzenden zu finden. Unser Ziel ist es, gemeinsam mit den Blockfreunden dafür zu sorgen, daß mit der Vorbereitung des 20. Jahrestages der Gründung unserer Partei überall Wohnbezirks- und Ortsausschüsse der Nationalen Front geschaffen werden, die auch den politischen und kulturellen Aufgaben, die sie zu lösen haben, gewachsen sind; denn mit der Bildung der Ausschüsse allein ist die Gewähr für ein erfolgreiches Wirken noch nicht gegeben.

Arbeitsfähige Ausschüsse der Nationalen Front

Eine wichtige Aufgabe, die gemeinsame Anstrengungen aller in der Nationalen Front vereinten Parteien und Massenorganisationen erfordert, ist, die Wohnbezirks- und Ortsausschüsse arbeitsfähiger zu machen und weitere Bürger für die Mitarbeit zu gewinnen.

Anfang Juni ergab eine Analyse, daß 18 der 57 Ortsausschüsse und 17 der Wohnbezirksausschüsse nicht die Gewähr für eine gründliche Vorbereitung und Durchführung der Wahlen boten. Die Vertreter der Parteien und Massenorganisationen übernahmen konkrete Aufgaben zur Hilfe für diese Ausschüsse. Der Vertreter unserer Partei gab die Verpflichtung ab, daß Genossen fünf Wohnbezirks- und vier Ortsausschüsse so lange aktiv unterstützen werden, bis diese wieder voll arbeitsfähig sind. Ähnliche Verpflichtungen übernahmen auch die Vertreter der befreundeten Parteien und Massenorganisationen. In den wöchentlichen Sekretariatsitzungen der Nationalen Front wird über die Erfüllung

der übernommenen Aufgaben konkret abgerechnet.

Auf der Tagung des Kreis-ausschusses der Nationalen Front Anfang August fand dann ein Erfahrungsaustausch über die besten Methoden in der politischen Arbeit der Wohnbezirks- und Ortsausschüsse statt. Wir können heute feststellen, daß sich alle Parteien und Massenorganisationen dieser Aufgabe angenommen hatten.

Im Wohnbezirk 8 wurde durch die Initiative der Genossin Elisabeth Harzer der Ausschuß in der Wahlvorbereitung sozusagen zu neuem Leben erweckt, er besteht heute aus 22 Mitgliedern, darunter auch mehrere Vertreter der befreundeten Parteien. Als Ergebnis einer umfangreichen Kleinarbeit — denn die ist natürlich notwendig —, vieler persönlicher Aussprachen und auch Auseinandersetzungen mit Genossen, von denen man eine Mitarbeit fordern konnte, ist ein Ausschuß entstanden, in dem außer den Genossen unserer Partei die Vertreter der befreundeten

Die Zusammensetzung der einzelnen Wohnbezirks- und Ortsausschüsse ist sehr unterschiedlich. Das hängt mit der Struktur unseres Kreisgebietes zusammen. Es ist verständlich, daß die befreundeten Parteien in den ausgesprochenen Arbeiterzentren der Stadt, zum Beispiel in der Walzwerksiedlung, sehr wenige Mitglieder haben. Daher müssen in solchen Wohnbezirken möglichst viele fortschrittliche parteilose Bürger für die Mitarbeit in den Ausschüssen gewonnen werden. Natürlich sollen gute aktive Mitglieder unserer Partei den Auftrag bekommen, in diesen Ausschüssen mitzuarbeiten, aber es darf nicht so sein — leider ist das noch vielerorts anzutreffen — daß Ausschüsse zu einem großen Teil aus Genossen bestehen, die in anderen Funktionen oder Organisationen arbeiten. In dem Beschluß des Sekretariats des ZK der SED vom 7. Juli 1965 „Zur Parteiarbeit in den städtischen Wohnbezirken“ gibt es dazu wichtige Hinweise.

Es gibt aber noch ein anderes Problem, das wir beachten